

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genosschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Preis: Für den Monat frei Haus 2 RM. (halbjährlich 10 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-21, Gröschelstraße 2 und 3, 13.355, Emil Schlegel-Straße 2 / Fernsprechnummer 14191 / Postfach Dresden Nr. 17259 / Druckerei: „Arbeiterstimme“ Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Donnerstags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gebaltene Normzeile oder deren Raum 0,30 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restzeile anschließend an den dreizehnten Teilzeitteil 1,25 RM. Anzeigenannahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-21, Gröschelstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gebote besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang

Donnerstag, den 11. November 1926

Nummer 252

Freie Bahn in Gachfen!

Gegen das parlamentarische Komödienspiel der linken SPD

Wien, 11. November. (Eigener Drahtbericht.)

Wider die Regierungsbildung in Gachfen wurde in der Sitzung des Zentralkomitees der KPD vom 10. November 1926 im Beisein von Vertretern der sächsischen Parteiorganisation folgender Beschluß gefaßt:

Das Zentralkomitee hat in seiner Instruktion zur Taktik der Partei und zur Frage der sozialdemokratischen Minderheitsorganisation folgendes festgelegt:

Die KPD erklärt der Arbeiterklasse auf Grund der bisherigen Erfahrung, daß sie sich nicht auf eine Unterstützung einer Minderheitsregierung festlegt, sondern dem Verhalten der Regierung gegenüber und in jeder Situation von den Forderungen der Regierung abhängig gemacht wird. Die kommunistische Partei wird gegen jeden arbeitereindlichen Schritt der Regierung die Reihen der Werktätigen mobilisieren und den Kampf gegen die Regierung organisieren.

Die Wahlen haben keine kommunistisch-sozialdemokratische Mehrheit im sächsischen Landtag gebracht. Die sozialdemokratische Partei Sachsens (Schlesien) vom 10. November, den Versuch zur Bildung einer Regierung zu machen.

Die kommunistische Partei erklärt:

1. Die KPD vertritt in einer Regierung aus Sozialdemokraten und KPD oder in einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung, die an die KPD gebunden ist, keine sozialdemokratische, sondern eine bürgerliche Koalition. In deren Sturz sie die wertvollsten Kräfte mobilisieren und keine Wertigkeit im Parlament vorüber lassen können wird, um diesen Sturz zu vollziehen.

2. Die KPD macht die Stellung zu einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung abhängig von der Durchführung von proletarischen Forderungen, wie sie in der Wahlparole der Partei zum Ausdruck gekommen sind und von der Ablehnung jeder politischen Bindung mit der SPD.

3. Die KPD wird auf Grund dieser Forderungen für einen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten stimmen. Im Falle der Ablehnung der proletarischen Forderungen durch die sozialdemokratische Regierung wird die kommunistische Partei die wertvollsten Kräfte gegen diese Regierung mobilisieren und ihren Sturz herbeiführen.

4. Die KPD erklärt der Arbeiterklasse, daß in diesem Landtag die Durchführung der proletarischen Forderungen unmöglich ist. Deshalb stellt sie schon jetzt vor die gesamte sächsische Arbeiterklasse die Frage der Ausrufung des Landes für die Auflösung dieses Landtages. Sollte diese die bürgerlich-sozialdemokratische Landtagsmehrheit eine sozialdemokratische Minderheitsregierung unmöglich gemacht werden, so wird die kommunistische Partei alles unternehmen, um sich auf die Arbeiterklasse, sei es mit oder ohne sozialdemokratische Partei, die Ausrufung des reaktionären Landtages zu erzwingen und den Wahlkampf mit den allgemeinen Interessen der Partei und den Forderungen des Kampfes gegen die bürgerlich-sozialdemokratische Regierung, gegen die Koalitionspolitik, gegen den Sozialfaschismus und für die Entfremdung der Sozialfaschisten aus allen Arbeiterorganisationen führen.

5. Die KPD wendet sich an die sozialdemokratischen Arbeiter Sachsen und macht sie nachdrücklich darauf aufmerksam, daß ein Teil ihrer Führer unter Anwendung sozialdemokratischer Methoden die Einleitung einer neuen Koalitionspolitik vorbereiten. Die KPD wird alles tun, um die Bildung einer Koalitionsregierung zu verhindern. Sie wird jedoch den sozialdemokratischen Führern Gelegenheit, den Kampf zu führen, ob sich ihre Politik von der der Sozialdemokratie nur in Worten, sondern in Taten unterscheidet. Die KPD ist dies, obwohl sie nach den Erfahrungen der Vergangenheit nicht die geringste Verunsicherung hat, zu glauben, daß die Arbeiter in ihrem Verhalten gegenüber den Kämpfern der Arbeiterklasse besser sind als die rechten. Den sozialdemokratischen Führern soll nochmals Gelegenheit gegeben werden, die Politik des Reformismus, sowohl der rechten als auch der linken Sozialdemokraten, aus eigener Erfahrung kennenzulernen.

6. Das Zentralkomitee fordert die Parteiorganisation auf, die kommunistischen Forderungen für die Regierungsbildung in die deutschen Arbeiterkreise zu tragen und sie in allen Arbeiterorganisationen, insbesondere in den Gewerkschaften, der Arbeiterklasse zur Festung und Zustimmung vorzutragen.

Beschlüsse der sächsischen SPD-Führungen

Dresden, 11. November.

Die SPD-Führung veröffentlicht folgenden Beschluß einer gemeinsamen Sitzung der Landesinstanzen und Landtagsfraktion der SPD:

„Die sozialdemokratische Partei befindet ihren ersten Willen, den Versuch zur Bildung einer sozialdemokratischen Regierung zu machen und wird als die wertvollste Partei des Landtages die Initiative ergreifen, in dem sie ein Regierungsprogramm aufstellen und einen Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten vorschlagen wird. Die sozialdemokratische Partei fordert die sofortige Einberufung des Landtages, sobald das amtliche Wahlergebnis feststeht.“

Auch die Deutschnationalen wollen mittun

Dresden, 11. November.

Die „Dresdner Nachrichten“ veröffentlichen folgende Interpellation deutschnationaler Anstalt:

„Die Deutschnationalen Volkspartei hat bereits zu erkennen gegeben, daß sie einer Regierungsbildung zugunsten der SPD durchaus nicht ablehnend gegenübersteht, vor allem dann nicht, wenn diese Partei von nur vier Abgeordneten billigerweise darauf verzichtet, einen Ministerposten zu beanspruchen. Aber auch darüber hinaus ist erklärt worden, daß die Deutschnationalen, wenn unmöglich ist, auch die Forderung eines Ministerpostens an die SPD nicht grundsätzlich ablehnen würden, so lange die SPD aus der sozialdemokratischen Partei Deutschsachsen ausgeschlossen bleibt und sich zum Nationalstaat bekennt.“

Die sächsische SPD-Führerschaft hat sich also entschieden, den von Paul Levi propagierten Weg der parlamentarischen Komödie zu beschreiten. Der „erste Wille“, eine Regierung zu bilden, die auch nur annähernd einen geringen Bruchteil der sozialdemokratischen Wahlversprechungen einlösen sollte, erweist sich als plump und nicht als durchsichtige Heuchelei, wenn man bedenkt, daß die gesamte linkssozialistische SPD-Fraktion im gleichen Atemzug, wo sie den obigen Beschluß der sächsischen Landesinstanzen propagiert, übereinstimmend jede außerparlamentarische Mobilisierung, wie sie die Kommunisten fordern, restlos ablehnt. Vor der Wahl, in sozialdemokratischen Wahlversammlungen, pflanzte die SPD-Führerschaft heftig zu protestieren, wenn ihnen von kommunistischer Seite parlamentarischer Kriticismus, Aberglaube an den Stimmzettel und Verzicht auf den außerparlamentarischen Kampf vorgeworfen wurde. Damals brüllten sie, natürlich bei der Klassenkampf außerhalb der Parlamente von entscheidender Bedeutung. Heute schreien dieselben Zeter und Mordio, wenn die Kommunisten angesichts des arbeitsunfähigen Parlaments den außerparlamentarischen Kampf verlangen. Heute sind sie offen dorthin, wo sie vor der Wahl angeblich nicht standen: im tiefsten Sumpf demokratischer Illusionen und der unparlamentarischen Taktik!

Was aber bedeutet das? Es bedeutet, daß ihr „erster Wille“ entweder ein fauler Wille oder aber der erste

Wille, den allsozialistischen Bettlern voll und ganz nach der Pfeife zu tanzen, ist.

Daß in diesem Falle die SPD nichts unversucht lassen würde, um eine Fortleitung der bisherigen Ausbeuterpolitik unter dem Feigenblatt linkssozialistischer Aufmachung zu verhindern, ist klar. Ebenso klar, daß der „bestehende“ Einfluß Paul Levis, nachher auf die Kommunisten schimpfen zu können, um so die Gefinnungskamperei des Bundes mit den Linkssozialisten und — früher oder später — mit allen übrigen Parteien der Großen Koalition vergessen zu machen, kaum einen einzigen SPD-Arbeiter das Gehirn verfeinern wird. Dazu nämlich hat ein Teil der SPD-Presse, vor allem die „Chemnitzer Volksstimme“ allzu offen aus der Schürze geplaudert, allzu offen ausgesprochen, daß es sich um ein geplantes „Handover“ handele, um „den anderen Parteien den Schuldbeweis für das Scheitern des Experimentes zuzuschreiben“!

Der ganze Kurs der sächsischen SPD-Führerschaft stellt sich als der Versuch dar, die Kapitulation vor dem Parteiparagrafen möglichst „geschicklich“ zu vollziehen. Das Verhalten des Parteivorstandes in der Hohenzollernfrage und jetzt gegenüber den Erwerbslosen beweist deutlich, daß die Wels und Crispian keinen Sakerz mehr verstehen, sondern ihre Politik der Großen Koalition — die Politik der sächsischen Linkssozialisten im Reichsmassstab — rückwärtslos durchzusetzen. Die sächsischen „Linien“-Führer kriechen wie immer zu Krone. Noch ein paar „Handover“ — dann werden auch sie sitzen in den Armen der Großen Koalition gelandet sein.

Schon heute aber gefallen sie sich in der widerlichsten Kommunistenhebe. Um ihre schäbige Politik zu verdecken, schreien sie nicht vor der niederträchtigsten Passivbesetzung zurück. Oder wird ein sozialdemokratischer Arbeiter es billigen können, daß die gesamte sächsische SPD-Presse den Ruf nach der außerparlamentarischen Mobilisierung seitens der Kommunisten als „Unfug für eine neue Reichswehrrekrutierung“ hinstellt, mir anderen Worten also nach dem Volkei- und Reichswehrbüttelrecht?

Die Arbeiterklasse wird sich auch durch solche Methoden in ihrem Kampf nicht beirren lassen. Keine „Handover“ werden verhindern, daß sich die sächsischen Werktätigen zusammenschließen gegen Koalitionspolitik und Bürgerblock, wie gegen sozialdemokratische Handlangerdienste, und daß ihr Kampf — früher oder später — auch den arbeitsunfähigen Landtag wegjagen wird!

So befreite sich das russische Proletariat



„Der Stadtfüchler ist leer!“

Wozu Geld da ist:

Für den Oberbürgermeister von Dresden
Mark 71,40 täglich

Für den Direktor des Arbeitsnachweises
Mark 42,65 täglich

Wer nicht Oberbürgermeister oder gleichbezahlter höherer Beamter ist, wer nicht Kapitalist ist, sondern Arbeiter, verdienten: nach

Wozu kein Geld da ist:

Für einen verheirateten Arbeitslosen mit 5 Kindern
nicht mehr als
Mark 3,60 täglich

Für einen Arbeitslosen unter 21 Jahren nicht mehr als
Mark 1,18 täglich

Der müde am nächsten Sonntag Kommunisten!